



## Deutschlands wirtschaftlicher Selbstmord – Klimaneutralität als Verfassungsfessel



15.03.2025

Die geplante Verankerung der **Klimaneutralität bis 2045 im Grundgesetz** ist nicht nur wirtschaftlich hochriskant, sondern auch ein strategischer Fehler mit potenziell verheerenden Folgen. Während andere Nationen **pragmatisch auf technologische und wirtschaftliche Entwicklungen reagieren**, würde sich Deutschland durch einen Verfassungszwang **jeder notwendigen Anpassungsfähigkeit berauben**.

**Wie CDU und SPD den Grünen eine solche Zusage machen konnten, entzieht sich jeder rationalen Erklärung.** Diese Entscheidung zeigt einen eklatanten Mangel an wirtschaftlichem Weitblick und eine bedenkliche Missachtung der Verantwortung für die Zukunft Deutschlands.

Statt wirtschaftliche Resilienz und Innovationskraft zu fördern, droht eine politische Selbstfesselung, die **Deutschland in eine existenzielle Krise führen könnte**.

### **Starre Verpflichtung ohne Anpassungsmöglichkeit**

Ein Grundgesetz-Artikel zur Klimaneutralität zwingt Deutschland in ein enges Korsett – **unabhängig von technologischen, wirtschaftlichen oder geopolitischen Entwicklungen**. Notwendige Anpassungen oder wirtschaftliche Schutzmaßnahmen wären kaum noch möglich, da **Verfassungsänderungen deutlich schwieriger als politische Kurskorrekturen sind**.

**Deutschland wird zum Hochrisikostandort für Unternehmen**

Die ohnehin schon hohe **Energiekostenlast und Bürokratiebelastung** hat dazu geführt, dass Industriebetriebe ihre Produktion zunehmend ins Ausland verlagern.

Die Verankerung eines unumstößlichen Klimaziels im Grundgesetz würde die Investitionssicherheit weiter schwächen und den Trend der **Deindustrialisierung** beschleunigen.

Ohne internationale Abstimmung wären deutsche Unternehmen ihren Wettbewerbern gegenüber in den USA, China oder Indien massiv benachteiligt.

## **Unkalkulierbare Kosten für Wirtschaft und Gesellschaft**

Ein verfassungsrechtlich fixiertes Klimaneutralitätsziel zwingt die Politik dazu, **unabhängig von wirtschaftlicher Machbarkeit und technologischen Fortschritten** Maßnahmen umzusetzen. Das bedeutet:

- **Massive Subventionen** für nicht wettbewerbsfähige Technologien
- **Zwangsmaßnahmen für Unternehmen und Bürger** zur CO<sub>2</sub>-Reduktion
- **Extrem steigende Energiepreise** durch einen erzwungenen Umstieg auf bislang nicht ausreichend verfügbare Alternativen

Dies könnte zu einer wirtschaftlichen Krise führen, da Unternehmen und Arbeitsplätze in Deutschland unter massiven Druck geraten.

## **Ideologische Fixierung statt realpolitischer Steuerung**

Während Staaten mit **pragmatischer Wirtschaftspolitik** die Klimaziele flexibel anpassen, würde Deutschland sich mit einer Verfassungsänderung **alternativlose Vorgaben auferlegen**.

Eine solche Politik ignoriert sowohl die **technologische Innovationsdynamik** als auch die **multipolaren Abhängigkeiten** der Weltwirtschaft.

## **Globale Folgen: Deutschland isoliert sich wirtschaftlich**

Deutschland würde sich mit einem solch rigiden Ansatz **vom weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerb abkoppeln**, während rohstoffreiche Länder und Industrienationen **weiterhin fossile Energieträger nutzen und ihre Wirtschaft wettbewerbsfähig halten**.

Ein nationaler Alleingang ohne Rücksicht auf internationale Entwicklungen ist **strategisch naiv und wirtschaftlich selbstmörderisch**.

### **Fazit:**

**Kein Klimaziel ins Grundgesetz!**

**Klimaneutralität muss ein dynamisches Ziel bleiben, das sich an technologischen Innovationen und wirtschaftlicher Realität orientiert – nicht umgekehrt.**

Eine Verankerung im Grundgesetz käme einer wirtschaftlichen Selbstsabotage gleich. Während andere Nationen ihre Wettbewerbsfähigkeit wahren, würde Deutschland sich selbst fesseln und jegliche Flexibilität verlieren.

**Notwendig sind marktwirtschaftliche Lösungen statt ideologischer Zwangsmaßnahmen.**

Angesichts der gravierenden Folgen wäre es verantwortungslos, wenn die derzeitige Bundesregierung die Verankerung von Klimaneutralität bis 2045 weiter vorantreibt oder gar per Bundestagsbeschluss beschließt.

Eine solche Entscheidung wäre nichts anderes als eine **politisch motivierte Selbstdemontage Deutschlands.**

Herzlichst

Ihr

Thomas H. Stütz